

# FUCHS BRIEFE

## Der Unternehmerbrief aus der Hauptstadt

65. Jahrgang | 24

Berlin, 21. März 2011

### Außenpolitik

#### Bundesregierung ohne Kompass

**Obwohl Deutschland europäisch und global Verantwortung übernehmen müsste, agiert die Bundesregierung immer orientierungsloser.** Mit ihrer Enthaltung bei der Abstimmung über die Libyen-Resolution des UN-Sicherheitsrats hat sie sich an die Seite Chinas, Russlands und Indiens gestellt – und ihre westlichen Verbündeten brüskiert. Selbst in der EU ist Berlin isoliert. Außer Polen weiß Außenminister *Guido Westerwelle* kein europäisches Land an seiner Seite. „Es gibt keine sachliche Begründung für die Enthaltung Berlins“, kritisiert *Elmar Brok*, außenpolitischer Experte der CDU im Europaparlament gegenüber FUCHS.

**Die zögerliche Haltung der Bundesregierung beschädigt die Glaubwürdigkeit der deutschen Außenpolitik gleich mehrfach.** Noch am 24. Februar hatte sich Westerwelle in Kairo von den Ägyptern als Vorkämpfer für die arabische Demokratiebewegung feiern lassen. Seinen Ruf in der arabischen Welt hat er sich mit seinem taktierenden Verhalten binnen eines Monats ruiniert. Die westlichen Alliierten fühlen sich düpiert, weil die Deutschen kneifen, wenn es ernst wird. Das bestärkt London und Paris in ihrer Skepsis gegen eine von Berlin geforderte Verteidigungspolitik auf EU-Ebene. In Brüssel und Washington stößt zudem sauer auf, dass Berlin außenpolitische Debatten immer ungenierter innenpolitisch instrumentalisiert – diesmal für Landtagswahlen.

**Gründe für die blamable Vorstellung deutscher Politiker auf internationaler Bühne sind ihr mangelnder Führungswille, aber auch die provinziellen Debatten im Inland.** Die Einstellung der Deutschen zu außenpolitischen Themen trägt fast schon schizophrene Züge, wie eine Emnid-Umfrage zeigt: Zwar sind 62% für einen Militäreinsatz gegen *Gaddafi*, aber 65% gegen eine Beteiligung der Bundeswehr. Der politische Eskapismus kommt in den westlichen Hauptstädten nicht gut an – umso mehr als die Deutschen in anderen Bereichen einen fast schon missionarischen Eifer an den Tag legen.

**Geht es um den Atomausstieg, dann reklamieren deutsche Politiker für sich durchaus eine Führungsrolle.** So fordern nicht nur die Grünen *Rebecca Harms* und *Daniel Cohn-Bendit* europaweit ein sofortiges Ende der Kernenergie. Ein Atomgipfel bei Energiekommissar *Günter Oettinger* in Brüssel ergab jedoch, dass die Rufe auf keine Resonanz stoßen. Außer Deutschland will kein anderes EU-Land AKW abschalten – auch die Pläne zum Bau neuer Meiler werden nicht revidiert. „Am deutschen

Wesen soll die Welt genesen – die Mentalität gibt es immer noch“, meint der Österreicher *Franz Fischler*. In seiner Zeit als EU-Agrarkommissar habe er die Erfahrung gemacht, dass alles ganz oben auf der Tagesordnung stehen muss, was die deutsche Seele bewegt. Wichtige Themen anderer Länder fallen dagegen unter den Tisch, wenn sie bei den Deutschen auf Desinteresse stoßen.

- ▶ **Fazit:** Fehlender Führungswille und provinzielle innenpolitische Debatten verhindern, dass die Deutschen ihrer wachsenden Verantwortung in Europa und in der Welt gerecht werden.

### Hauptstadt-Notizen

#### BERLIN: BEWUSST IN DIE ISOLATION

Die Bundesregierung wusste, dass es im UN-Sicherheitsrat keinen Einspruch der Veto-Mächte gegen Luftraumkontrollen und militärische Schläge in Libyen geben würde. Die Stimmenthaltung, mit der sich Deutschland von den NATO-Partnern distanzierte, sollte vor allem Druck auf die Bundesregierung vorbeugen. Hätte die in New York zugestimmt, hätte die NATO nachdrücklich den Einsatz der Bundeswehr gefordert. Dies fürchteten Kanzlerin *Angela Merkel* und Außenminister *Guido Westerwelle* vor den Landtagswahlen mehr als die Isolation im Bündnis. Dennoch ist Deutschland mitten im militärischen Geschehen. Denn die Aktion in Nordafrika koordiniert das US-Hauptquartier in Möhringen bei Stuttgart. Für die Enthaltung werden die Deutschen dennoch zahlen müssen – vor allem mit mehr Einsatz in Afghanistan.

#### MAGDEBURG: LINKE VERLIERER

Neben der aus dem Landtag geflogenen FDP ist die Linke der große Verlierer der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt. Das macht der Vergleich zur Bundestagswahl 2009 deutlich: Damals lagen die Genossen mit 32,4% vor der CDU (30,1%) und waren damit die stärkste Partei. Diesmal distanzierte sie die Union mit 32,5% deutlich. Die Linken erhielten lediglich 23,7% der Stimmen. Gegenüber der letzten Landtagswahl 2006 verloren sie allerdings nur 0,4%-Punkte. Die erbitterte Diskussion

### Inhalt

◆ Parteien: Westerwelles Selbstabschaltung	2
◆ Personal: GAU in der Leiharbeit	3
◆ Asien: Heimliche Investitionen in Japan	4
◆ Kunstmarkt: Leidenschaft und Kapitalanlage	5

über den bundespolitischen Kurs wird deshalb zusätzliche Nahrung erhalten. In Magdeburg präsentierte sich die Linke unter *Wulf Gallert* als pragmatische Realo-Partei. Dass dieser Kurs sich nicht ausgezahlt hat, ist Wasser auf die Mühlen des *Lafontaine*-Flügels, der gegen jede Form der Übernahme politischer Verantwortung ist.

#### PRAG: STIMMEN DER VERNUNFT

Das Atomunglück in Japan soll nicht Anlass zu populistischen Entscheidungen sein, sondern zur Expertendebatte genutzt werden. Dies erklärten der tschechische Staatspräsident *Václav Klaus* und sein slowenischer Amtskollege *Danilo Türk* nach einem Treffen in Prag. Die Präsidenten warnten auch vor Panikmache im Zusammenhang mit Überlegungen, die Produktion von Atomenergie in Europa einzuschränken.

## Parteien | FDP

### Westerwelles Selbstabschaltung

**Wird diese Woche Guido Westerwelles letzte im Amt des FDP-Parteichefs sein?** Zwar spricht nach der demütigenden Niederlage in Sachsen-Anhalt und kurz vor den Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz niemand gerne offen über den FDP-Chef. Doch allen Funktionsträgern ist klar, dass der Außenminister die Führung der Partei aufgeben muss, falls nach dem Verlust des ostdeutschen Kernlands auch die westlichen Stammländer der Liberalen verloren gehen.

**In Sachsen-Anhalt – einst eine Hochburg der FDP im Osten – halbierte sich der Stimmenanteil der Liberalen von 7,6 (2006) auf 3,5%.** Noch 2002 hatte die Ostdeutsche *Cornelia Pieper* 13,6% geholt. Am vergangenen Wochenende reichte es nicht einmal mehr für den Sprung über die 5%-Hürde. Die FDP ist damit nicht mehr im Landtag vertreten. Selbst bei der Wahl 1994 hatte die damals in Ostdeutschland wenig populäre FDP 3,8% der Stimmen erzielt. Es war das bislang schlechteste Ergebnis der Liberalen in dem Bundesland.

**Die Hoffnung der Liberalen, Außenminister Westerwelle könnte mit seiner „Roadshow“ in den arabischen Umsturzländern den Trend wenden, hat getrogen.** Deutschlands Verbündete ließen ihn im UN-Sicherheitsrat wie einen Hanswurst aussehen. Wie wir in der Partei hören, rechnet kaum jemand damit, dass die Liberalen unter seiner Führung innen- oder außenpolitisch noch einen Blumentopf gewinnen können. Trotz des historischen Wahlerfolgs bei der Bundestagswahl 2005 hat Westerwelle es nicht geschafft, die gute Ausgangsbasis in eine nachhaltige Strategie umzumünzen.

- ▶ **Fazit:** Die Restlaufzeit des liberalen Parteichefs geht zu Ende. Verliert die FDP auch die Wahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, wird Westerwelle zwar nicht als Außenminister abgeschaltet – doch die Partei dürfte ihn als ihren Chef von seinem Führungsamt entbinden.

## Unternehmen

### Gute-Laune-Nachrichten

**Zu Ihrer Motivation und der Ihrer Mitarbeiter für Sie zusammengestellt:**

- ◆ Der **Arbeitsplatzaufbau in der Industrie** geht unvermindert weiter. Im Januar 2011 gab es nach Angaben des Statistischen Bundesamts 73.000 Beschäftigte mehr als im Januar 2010. Damit waren im verarbeitenden Gewerbe 5 Mio. Menschen tätig.
- ◆ Wegen der guten Konjunktur wachsen die **Einkommen der Führungskräfte** kräftig. Nach Schätzungen des Hamburger Personalmarkts werden die Spitzeneinkommen 2011 gegenüber dem Vorjahr im Schnitt um 5,7% auf 94.000 € steigen.
- ◆ Nach verhaltenem Wachstum im 4. Quartal 2010 zieht die **Konjunktur** wieder an. Trotz der gestiegenen Energiekosten rechnet das Bundesfinanzministerium für 2011 mit einer Inflationsrate von unter 2%.
- ◆ Die **japanischen Automobilkonzerne Honda, Nissan und Toyota** beginnen in diesen Tagen wieder mit der Produktion. Erdbeben und Tsunami hatten eine Zwangspause notwendig gemacht.
- ◆ Die Kapazitätsauslastung in den Unternehmen der **US-Industrie** hat sich im März weiter auf 76,3% erhöht – im Februar lag sie bei 76,1%.
- ◆ Die **Deutsche Telekom** hat ihre defizitäre T-Mobile USA an AT&T für 39 Mrd. \$ verkauft. Die Bonner sind damit stärkster Aktionär des größten amerikanischen Telekomkonzerns. Die 25 Mrd. \$ Barerlöse will die Deutsche Telekom zum Schuldenabbau nutzen.
- ▶ **Fazit:** Die japanische Natur- und Atomkatastrophe scheint sich nicht negativ auf das Wachstum der Weltwirtschaft auszuwirken.

## Personal

### GAU in der Leiharbeit

**Wenn Sie zwischen Dezember 2005 und Dezember 2010 Leiharbeiter beschäftigt haben, müssen Sie prüfen, welchen Tarifvertrag Ihre Zeitarbeitsfirma hatte.** Gehört sie dem Arbeitgeberverband Mittelständische Personaldienstleister (AMP) an, dann kommt auf Sie wahrscheinlich einiges an Ärger und Kosten zu. AMP hat mit der Gemeinschaft Christlicher Gewerkschaften für Zeitarbeit und Personalserviceagenturen (CGZP) einen Tarifvertrag abgeschlossen, der inzwischen ungültig ist.

**Den Tarifvertrag des AMP hat das Bundesarbeitsgericht (BAG) kassiert, weil er den christlichen**

**Gewerkschaften die Tariffähigkeit aberkannt hat.** Begründung: Die CGZP sei eine Splittergewerkschaft. Das Urteil vom 14. Dezember 2010 gilt entgegen der sonst üblichen Praxis rückwirkend bis Dezember 2005.

**Damit entsteht ein Anspruch der im Betrieb beschäftigten Leiharbeiter auf Bezahlung entsprechend dem Lohn der angestellten Arbeitnehmer.** Die Zeitarbeitsfirmen müssen bis zum 31. Mai 2011 auf die Lohndifferenz Beiträge zur Arbeitslosen-, Kranken-, Renten- und Unfallversicherung abführen.

**Falls die Zeitarbeitsfirma die Versicherungsbeiträge nicht abführen kann, haften ihre Kunden dafür.** Dies betont die Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung. Für jeden Arbeitnehmer muss berechnet werden, wie hoch seine Bezüge gewesen wären. Unabhängig von den Sozialabgaben könnte es auch zu Lohnnachforderungen kommen. Die IG Metall etwa hat dafür schon Musterformulare entwickelt.

**Aus dem BAG-Urteil könnten also Unannehmlichkeiten auf die Unternehmen zukommen, die von 2005 bis 2010 Leiharbeiter beschäftigt haben.** Die Kosten könnten beträchtlich sein. Die in den Raum gestellten 4 Mrd. € an Nachzahlungen sind aber eindeutig zu hoch gegriffen.

**Die Sozialversicherungen wollen die Nachzahlungsforderungen unbürokratisch behandeln.** Unter anderem ist eine Pauschalvereinbarung im Gespräch. In Härtefällen soll es für die betroffenen Unternehmen die Möglichkeit von Stundungen geben. Die Großaktion startet im Juli 2011. Dann starten die Rentenversicherungsträger mit Betriebsprüfungen. Ihnen können Sie sich leider nicht entziehen.

- ▶ **Fazit:** Mit seinem rückwirkenden Urteil hat das BAG vielen Betrieben einen sozialpolitischen GAU beschert. Vielleicht hat das Verfassungsgericht ein Einsehen. Bisher gibt es aber kein Verfahren.

## Unternehmen | Nachfolge Entspannung an der Übergabefront

**In Deutschland stehen weit weniger Unternehmen zur Übergabe an, als erwartet worden war.** Ging das Institut für Mittelstandsforschung in Bonn (IfM) für den Zeitraum von 2005 bis 2009 von 354.000 Familienunternehmen aus, bei denen eine Nachfolge anstand, so rechnet es zwischen 2010 und 2014 nur noch mit 110.000 Firmen mit einem Nachfolgebedarf (Unternehmensnachfolgen in Deutschland 2010 bis 2014, IfM Materialien Nr. 198). Mit weitem Abstand ist das Alter (86%) die Hauptursache für eine Unternehmensnachfolge, gefolgt von Tod (10%) und Krankheit (4%).

**Ein Grund für die stark veränderten Zahlen ist ein neues Schätzverfahren.** Es berücksichtigt, ob ein

Unternehmen aufgrund seiner Gewinnsituation übergabewürdig ist. Bei Einzelunternehmen und Personengesellschaften zieht das IfM den Strich bei einem Jahresgewinn von 49.512 €. Unterhalb dieser Schwelle lohnt sich eine Übergabe nicht, da das eingesetzte Eigenkapital nicht ausreichend verzinst wird. Von den 3,5 Mio. Familienunternehmen in Deutschland erwirtschaften lediglich 730.000 einen Jahresgewinn in dieser Höhe.

**Die meisten Übernahmen stehen laut IfM im Dienstleistungssektor an.** Darauf folgen das Produzierende Gewerbe (inkl. Handwerk) und der Handel. 20% der für eine Nachfolge geeigneten Firmen haben mindestens einen weiteren Geschäftsführer, so dass eine Übergabe unproblematisch scheint. Rund 72.000 (66%) der vor der Übergabe stehenden Unternehmen erzielen einen Jahresumsatz von weniger als einer Mio. €.

**Nur 7% der zur Übergabe anstehenden Unternehmen liegen laut IfM mit ihrem Umsatz oberhalb der 5 Mio. €-Schwelle.** Gerade 900 Firmen kommen auf einen Umsatz von über 25 Mio. €. Erst in dieser Größenordnung ist eine Nachfolge für Unternehmensmakler interessant. Regional stehen bis 2014 mit 24.100 die meisten Betriebsübergaben in Nordrhein-Westfalen an, danach folgen Bayern (19.000) und Baden-Württemberg (15.300).

- ▶ **Fazit:** Das lange stark problematisierte Thema der Unternehmensnachfolge erweist sich vor dem Hintergrund dieser Zahlen zumindest volkswirtschaftlich als weniger dramatisch als bisher angenommen.

## Finanzmarkt

### Banken wollen in London bleiben

**Trotz steigender Steuerlast und Regulierung wollen die britischen Banken London nicht den Rücken kehren.** Nachdem Hedgefonds die City in Richtung Schweiz oder Kanalinseln verlassen haben, kursierten Gerüchte, dass mehrere Großbanken nach Asien gehen wollen. An erster Stelle wurde immer wieder die HSBC genannt. Auch Standard Chartered sowie Barclays galten als Auswanderungskandidaten.

**Die Gerüchte werden wohl Gerüchte bleiben.** HSBC, die in den 90-iger Jahren ihren Sitz von Hongkong nach London verlegt hatte, hat sich entschlossen, in London zu bleiben. Dabei entfällt ein immer größerer Teil des Geschäfts der HSBC auf Asien. Ähnliches gilt für Standard Chartered. Barclays baut ebenfalls das Ostasiengeschäft aus, will aber dennoch nicht auf die Vorzüge des Finanzplatzes London verzichten.

**Andere große britische Banken können nicht umziehen, selbst wenn sie wollten.** An RBS und Lloyds TSB hält die britische Regierung seit der Finanzmarktkrise große Kapitalanteile. Gegen die Regierung wäre ein Umzug nach Übersee nicht durchzusetzen.

► **Fazit:** Die Banken bleiben in Europa, obwohl sie immer mehr Geschäfte in Asien machen. Da die Europäer nach der Finanzkrise die regulatorischen Daumenschrauben stärker angezogen haben, dürfte die Branche bald wieder nach Deregulierung rufen.

## Mittelost | USA

### Obama verprellt Golf-Staaten

**Am Persischen Golf gerät die Freundschaft arabischer Ölscheichtümer zu den USA ins Wanken.** Obwohl die Saudis *Barak Obama* mehrfach gewarnt haben, unterstützt der US-Präsident die fast ausschließlich von Schiiten getragene Aufstandsbewegung im Königreich Bahrain. Obama unterstützte die Rebellen auch dann noch, als die Gewalt eskalierte und der König mehrere Minister, darunter zwei Angehörige der Königsfamilie, entließ und einen „nationalen Dialog“ anbot.

**Den Saudis, unterstützt von den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), platzte der Kragen.** Vom König zu Hilfe gerufen marschierten ihre Truppen in Bahrain ein. Saudi-Arabien und die VAE fürchten, dass der schiitisch beherrschte Iran „14 Meilen vor unserer Küste“ Fuß fassen könnte. Sie erinnerten Obama an die Freude seines Vorgängers *Jimmy Carter* über den Sturz des Schahs 1979 und den fatalen Ausgang jener „Demokratisierung“. Mit ihrer Konfrontationsstrategie nehmen die Ölstaaten, wie wir in der saudischen Hauptstadt Riad hören, „einen ernsten Bruch mit Washington“ in Kauf.

**Die großen Gewinner des sich anbahnenden Konfliktes könnten die Chinesen sein.** Wie das einstimmige Votum der Arabischen Liga gegen *Gaddafi* zeigt, wollen die Despoten der Region zwar den Konflikt mit dem Westen eindämmen. Dennoch halten sie insgeheim Ausschau nach einem neuen „Schutzherrn“ für ihre Throne. Dabei schielen sie unverhohlen auf China. Das rohstoffgierige Land wäre gerne Freund der Ölstaaten am Persischen Golf. Die kommunistische Führung würde aber nie auf Demokratisierung pochen.

**Ein solcher Wechsel der politischen Präferenzen am Golf könnte fatale Folgen für Europäer und Amerikaner haben.** Die Araber haben in der Vergangenheit eine ausgleichende Ölpreispolitik betrieben. Auch nach dem Ausfall der Produktion in Libyen führen sie die Produktion hoch. Für Israel könnten die Folgen ebenfalls einschneidend sein, wenn Riad seine Haltung im Konflikt um Palästina ändert. Bisher haben die Saudis mäßigend auf die Palästinenser eingewirkt. Schon beim Sturz des ägyptischen Präsidenten *Hosni Mubarak* graute den Israelis vor den Folgen des Wandels.

► **Fazit:** Von innenpolitischen Rücksichten gebremst wird Obamas Außenpolitik immer fahriger und un-

berechenbarer. Das sehen auch die Öl-Potentaten. Wenn die Ölliefergarantie nicht mehr ihre Throne sichert, könnte das die politisch-ökonomische Geographie des Nahen Ostens nachhaltig verändern.

## Asien | China

### Heimliche Investitionen in Japan

**Trotz der Naturkatastrophe investiert China auf leisen Sohlen in erstklassige japanische Wertpapiere.** So hat der chinesische Staat im vergangenen Jahr seine Investitionen in japanische Spitzenpapiere an der Börse mit umgerechnet 14 Mrd. € mehr als verdoppelt. Dies geht aus Zahlen des japanischen Anlageberaters Chibagin Asset Management hervor. China hat Japan gerade erst als zweitgrößte Volkswirtschaft überholt.

**Um japanische Titel zu kaufen, bemühen die Chinesen vielfach in Australien registrierte Anlagevehikel mit obskuren Namen.** Dahinter steht, wie wir in Tokio hören, auch der chinesische Staatsfonds China Investment Corp. (CIC). Die Anteile der Chinesen an Japans Top Firmen liegen unter der 5%-Marke und sie haben deshalb bisher keinen Einfluss auf die Unternehmensstrategie und das Management der Firmen.

**Die chinesischen Investitionen zeigen die zunehmende wirtschaftliche Vernetzung zwischen Japan und China.** Die ökonomische Annäherung hat es den Chinesen leichter gemacht, nach dem Erdbeben Solidarität mit ihrem Erzfeind aus der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu zeigen. Die Investitionen wollen die Chinesen auch nach dem Jahrhundertbeben weiter ausbauen. Dabei spielt eine Rolle, dass manche japanische Wertpapiere deutlich im Kurs eingebüßt haben.

► **Fazit:** Wirtschaftlich haben die Chinesen die Japaner überholt. Auch politisch steigen sie in Asien zur führenden Macht auf. Doch die zunehmende ökonomische Verflechtung der Volkswirtschaften mindert die nationalen Rivalitäten.

## In aller Kürze

### STEUERN: GEWINNAUSFALL ÄNDERT STEUERBESCHIED

Ihre Kapitalgesellschaft verkauft eine Beteiligung mit Gewinn und laut Körperschaftsteuergesetz zu 95% steuerfrei. Den Gewinn versteuern Sie im Verkaufsjahr, doch der Kaufpreis wird erst im Jahr danach fällig. Aufgrund einer Wertänderung wird er jedoch nur teilweise beglichen oder fällt ganz aus. Dann gilt Folgendes: Der Steuerbescheid für das Jahr, in dem der vermeintliche Gewinn angefallen war, wird nachträglich geändert – selbst wenn er bestandskräftig ist (BFH, Urteil I R 58/10 vom 22.12.2010).

## DIE PRIVATE VERMÖGENSANLAGE DES UNTERNEHMERS

### Kunstmarkt

#### Leidenschaft und Kapitalanlage

**Kunstgenuss ohne Emotion ist undenkbar.** Die Mehrheit der Sammler gibt als Grund für Kunstkäufe ihre Leidenschaft für schöne Dinge an. Andere nutzen ihr Faible zur persönlichen Profilierung und sehen dies als gesellschaftlichen „Wettbewerbsvorteil“. Wieder andere zählen sich zur Schar der Hüter und Wahrer des Kulturerbes. Schließlich gibt es die Sammler, die unter anderem eine gesunde Renditeerwartung zum Kauf motiviert.

**Galt es jahrzehntelang als unschicklich, Kunst als Handelsware zu sehen, so sind die Jahre ab 1945 von der Kommerzialisierung des Kunstmarkts geprägt.** Sie trug nicht unwesentlich zur Demokratisierung der Kunst bei. Kunstwerke waren nicht länger exklusives Attribut der Herrschenden, sondern gingen als Ausstattungselement in den bürgerlichen Haushalt ein.

**Sammelwut, Kaufleidenschaft und Besitzstreben gehen seitdem sehr unterschiedliche Wege.** Im Museum von Lothar-Günther Buchheim in Bernried findet sich von den Spitzenwerken der expressionistischen Malerei bis zu Nippes ein buntes Gemisch. Die Sammlung Hoffmann in Berlin ist ein Beispiel für spezialisierte zeitgenössische Kunst mit Werken verschiedener Medien – darunter Malerei, Skulptur, Fotografie, Video.

**Doch welches Anlagekonzept passt zu dem Sammler, der in Kunst auch eine Kapitalinvestition sieht?** Der erfahrene Berater sollte die ästhetischen Vorstellungen des Kunden analysieren, seine Leidenschaft systematisieren und seine Ziele definieren. Er sollte dabei falsche Emotionen zügeln und die Neugier für viel versprechende Kunstrichtungen wecken.

**Seit zwei Jahren ist die Bereitschaft der Käufer wieder größer, sich mit hohen Summen auf dem Kunstmarkt zu engagieren.** Dies zeigt der Art Market Confidence Index der Firma Artprice. Mehr Wohlhabende sehen in Kunst einen Baustein der Vermögensanlage. Die größere Nachfrage treibt jedoch die Preise. Die internationalen Auktionen spiegeln dies wider. Käufer aus Asien, dem Mittleren Osten und vom alten Kontinent bescheren den großen Kunsthäusern Topumsätze.

**Spitzenpreise erzielten vor allem Arbeiten der Klassischen Moderne, der Gegenwartskunst und der Fotografie.** Stabil entwickelte sich auch das mittlere Preissegment. Bei Millionenobjekten kam es auf die

Qualität an. Die Globalisierung des Kunstbetriebs und der ästhetischen Standards führen allerdings zur Nachfrage der immer gleichen Künstler. Das kann zu Blasenbildungen führen. Eine intelligente Anlagestrategie sollte deshalb nicht dem Massengeschmack nachlaufen.

- **Fazit:** Die große Kunst im Umgang mit Kunst ist, die persönliche Leidenschaft für Künstler für die Anlage in Kunst fruchtbar zu machen.

---

Jürgen Schneider, Fine Art Banking Consulting, Französische Str. 27d, 10117 Berlin, Tel.: 030-42092059, [www.fine-art-banking.de](http://www.fine-art-banking.de)

### Offene Immobilien-Fonds

#### Japankrise kann zu Verlusten führen

**Die Atomkatastrophe in Fukushima droht Anleger, die in offene Immobilien-Fonds investiert haben, hart zu treffen.** Denn viele globale Fonds sind auch in Japan engagiert. Angesichts einer möglichen Verstrahlung von Teilen des Landes hat Union Investment Real Estate am 17. März Rücknahme und Ausgabe von Anteilscheinen für den 2,3 Mrd. € schweren UNI IMMO GLOBAL (ISIN DE0009805556) ausgesetzt. Begründung: Eine Bewertung der Immobilien sei derzeit nicht möglich. Der Fonds ist in Tokio mit 14% des Vermögens investiert.

**Obwohl die Fondsgesellschaften beschwichtigen, raten wir zum Ausstieg aus offenen Immobilien-Fonds mit hohem Anteil in Japan.** Ein weiterer Kandidat für eine Schließung oder Abwertung ist der 2,75 Mrd. € schwere RREEF GRUNDBESITZ GLOBAL (ISIN DE0009807057), eine Tochter der Deutschen Bank. Der Fonds ist unter anderem in 4 Immobilien im Großraum Tokio investiert. Der knapp 3 Mrd. € schwere DEKA-IMMOBILIEN GLOBAL (ISIN DE0007483612) ist mit fast 15% seines Vermögens in Japan investiert. Zwei der Objekte, die 6,6% des Fondsvermögens ausmachen, liegen im Großraum Tokio. 11,3% Japan-Immobilienanteil hat der MORGAN STANLEY P2 VALUE (ISIN DE000A0F6G89). Geringer in Japan-Immobilien investiert sind der DEGI INTERNATIONAL (ISIN DE0008007998) mit 3,8% des Vermögens, der SEB IMMOINVEST (ISIN DE0009802306) mit 3,5%, der HAUSINVEST (ISIN DE0009807016) der Commerzbank mit 2,8%, der UNI-IMMO-EUROPA (ISIN DE0009805515) mit 2%.

- **Fazit:** Die Atomkatastrophe in Japan ist nicht ausgestanden. Bei allen Fonds mit einem höheren Immobilienanteil in Nippon ist ein Ausstieg anzuraten.

## Unternehmenssteuerreform III Verbesserte Konzernfinanzierung

Die Schweizer Regierung unterzieht die Unternehmensbesteuerung einer Generalrevision. In unserer letzten Ausgabe (s. FB v. 24.01.11) analysierten wir den Wechsel vom sachwidrigen Nennwertprinzip zum Kapitaleinlageprinzip. Diese Reform war als einer der letzten Bestandteile des Bundesgesetzes über die Verbesserung der steuerlichen Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten und Investitionen (USTRG II) am 1. Januar 2011 in Kraft getreten. Mit der Unternehmenssteuerreform II verfolgt die Schweiz das Ziel, kleine und mittlere Unternehmen steuerlich zu entlasten.

Noch vor der Umsetzung dieser Steuerstrategie kündigte das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) im Dezember 2008 eine dritte Unternehmenssteuerreform an. Sie soll die Position vor allem der Großunternehmen in der Schweiz im internationalen Steuerwettbewerb stärken. Dabei greift das EFD Entwicklungen in der EU auf. Mit der Abschaffung der Emissionsabgabe auf Eigen- und Fremdkapital und der Beseitigung weiterer steuerlicher Hindernisse strebt Bern eine Konzernfinanzierung an wie in den EU-Staaten. Zudem sollen die kantonalen Steuerprivilegien für Holding- und Verwaltungsgesellschaften korrigiert werden, die Brüssel schon seit Jahren ein Dorn im Auge sein.

### Emissionsabgabe wird abgeschafft

Die Emissionsabgabe auf Eigenkapital hemmt Investitionen. Deshalb hat sie das EFD bereits schrittweise von 3% auf 1% reduziert und einen Freibetrag von 1 Mio. CHF eingeführt. Nun soll die Besteuerung von Eigenkapitaleinlagen bei Unternehmensgründungen und Kapitalerhöhungen ganz abgeschafft werden. Es ist das zentrale Element der Unternehmenssteuerreform III.

Bei einer internen Finanzierung, bspw. dem Cash Pooling, waren Großunternehmen bislang häufig gezwungen, ins Ausland ausweichen. Denn bei Liquiditätsbündelungen im Konzern sind in vielen Fällen eine Emissionsabgabe (1,2 Promille bei Anleiheobligationen und 0,6 Promille bei Kassenobligationen pro Jahr) sowie die Verrechnungssteuer von 35% auf den Zinsertrag fällig. Voraussetzung dafür war, dass ein Unternehmen bei mehr als 10 Gläubigern Darlehen zu identischen Bedingungen, oder bei mehr als 20 Gläubigern Darlehen zu ähnlichen Bedingungen aufnimmt. Zudem musste in beiden Fällen eine Mindestkreditsumme von 500.000 CHF erreicht sein. Dieses steuerliche Hindernis will die Schweiz bei Darlehen in konsolidierte oder konsolidierungspflichtige Unternehmen beseitigen. Die Initiative soll die Finanzierungskosten von Fremdkapital innerhalb eines Konzerns deutlich reduzieren.

**Außer der Emissionsabgabe will die Schweiz weitere steuerliche Hindernisse beseitigen.**

- ◆ Der Bund will die Gewinnsteuer entsprechend dem Verhältnis des Beteiligungsgewinns zum Reingewinn kürzen. Zudem diskutiert der Bundesrat einen Beteiligungsabzug ähnlich dem deutschen Schachtelprivileg, das Beteiligungserträge freistellt.
- ◆ Verwirkte Vorjahresverluste ausländischer Tochtergesellschaften sollen von der Muttergesellschaft übernommen werden können.
- ◆ Die Kantone sollen die Möglichkeit erhalten, auf die Kapitalsteuer vollständig zu verzichten.

### Steuerstatus auf kantonaler Ebene

Um den schwelenden Steuerkonflikt mit der EU einzudämmen, will der Bundesrat Holdinggesellschaften die Geschäftstätigkeit generell verbieten. Außerdem beabsichtigt der Bund, den Kantonen eine reduzierte Besteuerung der Nebenerträge von Holdings zu erlauben. Auf kantonaler Ebene ist bei gemischten Gesellschaften zudem eine Mindestbesteuerung ausländischer Erträge vorgesehen. Schließlich will der Bundesrat den Sonderstatus der Domizilgesellschaft abschaffen. Domizilgesellschaften, die nur eine Verwaltungs-, aber keine Geschäftstätigkeit ausüben, sind in der Schweiz steuerlich begünstigt. Darunter sind vor allem Gesellschaften zu verstehen, die ihr eigenes Vermögen managen. Wir gehen davon aus, dass Bern ausreichende Übergangsfristen gewährt. Nach unseren Informationen wird das Ende der kantonalen Steuerprivilegien für Holding- und Verwaltungsgesellschaften nicht vor 2015 wirksam.

Die Kantone reagieren auf das Ende ihrer Steuerprivilegien, indem sie die Gewinnsteuern für Unternehmen senken. So reduzierte der Kanton Nidwalden die Gewinnsteuer für juristische Personen von 9% auf 6%. Der Kanton Luzern hat sie bereits 2010 um 25% zurückgenommen und wird sie 2012 nochmals halbieren. Mit einer Gewinnsteuerbelastung von 4,3% bis 6,5% – je nach Gemeinde – wird Luzern dann den Spitzenplatz unter den Kantonen einnehmen. Zusätzliche Steuerentlastungen schafft bspw. die Lizenzbox des Kantons Nidwalden für Lizenzerträge (s. FB v. 21.02.11). Man darf gespannt sein, welche Entlastungen sich die Kantone im Wettbewerb um Unternehmen noch einfallen lassen.

- ▶ **Fazit:** Die Anpassung der Unternehmensbesteuerung an die EU-Vorschriften und der Steuerwettbewerb der Kantone untereinander sorgt in der Schweiz für eine geringere Steuerbelastung. Das macht die Alpenrepublik zu einem der attraktivsten Standorte für Firmen und Konzerne aus dem Ausland.